

# Laetliche Zeitung

## Sachsen-Anhalt und Thüringer.

Nr. 581.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 190.

Belegblätter für die Zeitungs- und Buchhandlungen. Die Druckerei des Verlagsbesizers, Berlin, Unter den Eichen 15, ist für die Druckerei des Verlagsbesizers, Berlin, Unter den Eichen 15, verantwortlich.

Zweite Ausgabe

Belegblätter für die Zeitungs- und Buchhandlungen. Die Druckerei des Verlagsbesizers, Berlin, Unter den Eichen 15, ist für die Druckerei des Verlagsbesizers, Berlin, Unter den Eichen 15, verantwortlich.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 97.  
Telephon Nr. 105.

Mittwoch, 12. Dezember 1900.

Geschäftsstelle in Berlin, Bernauerstr. 10.  
Telephon Nr. 23.

### Deutsches Reich

Halle a. S., 12. Dezember.

Die seitens des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten veranlasseten Untersuchungen und Beratungen über das Eisenbahnbaugesetz für Ostpreußen sind nunmehr zum Abschluss gelangt und werden sodann in der ministeriellen „Berl. Corr.“ veröffentlicht. Der Bericht erörtert eingehend die Ursachen und die Folgen jenes Unfallschicksals sowie die Fragen der Umgeltung der D-Wege, der Beleuchtung z. B. Was die Beleuchtung betrifft, so mag daran erinnert werden, dass schon seit geraumer Zeit eine Milderung von Festtagen und Nechtigen verhandelt wird, welche dem elektrischen Licht Raum nachstellt und unter seinen Umständen, auch bei den stärksten Störungen nicht zur Explosion gebracht werden kann. In Bezug auf die Bauart z. B. der D-Zug-Wagen wird in der „Berl. Corr.“ folgendes ausgeführt:

Es muss ohne Weiteres ausgedrückt werden, dass die Eingänge an beiden Enden der D-Zugwagen am meisten gefährdet sind, indem bei Zusammenstößen hauptsächlich hier zu weilen werden. Das ist aus dem Grunde so erkannt worden und daher sind die Fenster in diesen Wagen breiter gemacht, als sonst üblich. Die Fenster gehen so tief hinunter, wie es überhaupt möglich ist, und wenn die herabgehenden Fenster noch etwas über die Fensterbrüstung vorkommen, so liegt dies lediglich daran, dass die Fensteröffnungen der hinteren Beleuchtung wegen unabweislich groß ausgeführt sind. Die hinteren Fenster zu abgedeckt werden können, das sei unter Befürchtung nach vorne, bis zur Strömung herabfallen, unterliegt der Prüfung. Die viel veränderten Umstände vor den Fenstern in den Seitenwänden — und nur vor diesen Fenstern befinden sich solche Stangen sind lediglich zum Schutz der Fahrgäste gegen Stöße angebracht. Sie liegen tiefer als die herabgehenden Fenster und können daher in jeder Weise die freie Fensteröffnung verengen. Die nachträgliche Anbringung von Seitenwänden in den vorhandenen Wagen ist aus Gründen der Bauart, deren Milderung hier zu weit führen würde, ausgeschlossen; inneweiters es angängig ist, Holzfenster, welche hangen hängen, unterliegt ebenfalls der Prüfung, ebenso solche sonstigen Änderungen notwendig oder wünschenswert sind. Die inneren Thüröffnungen der D-Zugwagen, deren Anbringung abermals aus Rücksicht auf die Milderung der Seitenwände notwendig ist, sind länger Zeit durch Wandverankerung festzustellen, sind bereits zum größten Teil angebracht, die Vermeidung dieser Arbeit ist bald zu erwarten. Wenn in der Weise darauf hingewiesen ist, dass Durchgangswagen mit Türen in den Seitenwänden in langem, Frankreich und England vorhanden sind, ist dies in geringem Umfange richtig, aber in langem Verkehr sind sie nicht benutzt worden, schon seit zehn Jahren nicht mehr benutzt, die neuen D-Züge in Frankreich sind ebenfalls nach dem diesseitigen Modell gebaut, und die Wagen in einem englischen D-Zug der Eisenbahn sind ebenfalls aus denselben aus, eine geringe Anzahl von Wägen. Bei der Barter-Bestellung sind andere getaute D-Zugwagen als solche nach dieser Art in Ordnung überhaupt nicht ausgeführt worden. Wollte man die künftigen Neubestellungen dergleichen Wagen mit Seitenwänden bauen, so würde die Zeit der Wägen zu verringert werden, das die Verwendung derartiger Wagen ausgeschlossen und damit D-Züge ohne erhebliche Erhöhung der Fahrpreise überhaupt unmöglich wären. Als jeder Wagen würde durch Einbringung von Seitenwänden die freigebliebene D-Zugwagen erheblich beeinträchtigt werden. Der letzte D-Zugwagen ist, weil das Seitenwand durch die eingesetzten Türen nicht geschlossen, außerordentlich tief und schwerfällig, wie sich dies nicht nur in früheren Fällen von Zusammenstößen, sondern auch bei dem Osterbader Unglück auf das klarste gezeigt hat. Der letzte Wagen hat den ganzen enormen Stöße aufzufangen, ohne dass dieser noch auf den zweiten Wagen gefühlbar eingewirkt hat. Außerdem hat jeder Wagen den Vorzug und den Mangel, dass jeder einen Stöße auf den anderen kann, ohne seinen Zweck zu verletzen, dass wenn das Unglück bei Osterbader nicht einen D-Zug, sondern einen gewöhnlichen Zug betroffen hätte, die Folgen noch viel schwerer gewesen wären, während jetzt trotz der gemäßigten Stöße nur die Hälfte des letzten Wagens zerstört wurde. Man würde mit demselben D-Zug mit noch mehr Nachteil aus die Beförderung der Fahrgäste fördern können. Die Wagen müssen mit Weg auf ihre Bestimmungszwecke zu zweifeln, bequem, fest und sicher gebaut sein, wie sie irgend möglich, aber es ist ganz unmöglich, alle Anforderungen in jeder Richtung bei denselben Wagen vollkommen zu erfüllen. Alle Wägen sind darauf gerichtet, den Eintritt von Rostschuppen zu verhindern, oder trotz aller menschlichen Vorkehrungen jedoch dennoch bald hier, bald dort solche unglücklichen Ereignisse eintreten. Nachdem der hierbei in Wirkung tretenden gemäßigten Kräfte werden auch die bestgeeigneten Betriebsmittel nicht immer Stand halten können.

Bei dem Kaiserpaar vor zur Frühjahrsreise am Montag General Graf Hülsen-Heppeler geleitet. Im Laufe des Nachmittags erlag der Kaiser Regierungserkrankungen und begab sich nach der Abendstunde um 7 1/2 Uhr mit der Kaiserin nach Berlin, um, wie mitgeteilt, im neuen königl. Opernhaus das von Hofkommissioner für unsere Brüder in Ostpreußen veranstaltete Konzert zu besuchen. Die Majestäten verließen in Berlin, Ostpreußen entsagend der Kaiser von Graf von Müllersheim, General der Infanterie von Salms und Johann den Staatssekretär des Reichsministeriums, Vizeadmiral v. Tirpitz, zum Vortage. Um 12 Uhr hatten der Vizepräsident Dr. Pauli und der Ober-Präsident Franziskus aus Bremen im Besitz des Chefs des Zivilkabinetts Dr. v. Luccas die Ehre des Empfangens, demnach der Abt Willibrod Kuepfer von Maria-Bach. Gelehrter wurde ebenso wie Sir Vincent Ramell Varrington zur Frühjahrsreise geladen.

Personalnachrichten. Prinz Max von Baden, Major 1. Klasse des Garde-Regiments, wurde am 1. Oktober zur Beförderung zum Oberst des Garde-Regiments des 14. Armee-Korps kommandiert.

Nein größerer Schiffschiff. Ein Berliner Blatt hatte berichtet, dass in Marinekreisen angenommen werde, dass

die im Etat vorgesehenen neuen Bauten von Linien Schiffen erster Klasse erheblich größer als Mittel erster Klasse werden als Linien, die bei Aufstellung des Flottenplanes in Aussicht genommen sind. Man sei der Ansicht, dass auch die deutsche Marine ähnlich wie die englische zu einem größeren Schiffschiffstyp von etwa 15000 Tons übergehen werde. Wie die „Nat.-lib. Corr.“ aus maßgebenden Marinekreisen hört, entbehrt die Mitteilung jeder Begründung. Es besteht nicht die mindeste Aussicht, bei den in diesem Etat neu angeforderten Linien Schiffsbauten und den weiter im Flotten-Gesetz bewilligten Linien Schiffsbauten über die Größe der Linien Schiffe der Mittelklasse, die 11000 Tonn betragt, hinauszuweichen. Diese Größe entsprach den Anforderungen des Nord- und Ostsee, ferner ist sie bedingt durch die deutschen Hafens- und Werftverhältnisse. Binigende militärisch-technische Gründe, die deutschen Linien Schiffe noch weiter zu vergrößern, sind bisher auch nicht hervorgetreten.

Die Kommission des Reichstages zur Vorbereitung der Gesetzesänderung hat gestern in ihrer ersten Sitzung zusammen. Von einer allgemeinen Berichterstattung wurde abgesehen, da die Mitglieder der Kommission fast dieselben sind wie im Vorjahre. Seitens der Seeverwaltung wurde eine Erwiderung auf die Schrift des antirealistischen Abg. Naab, „Die Kollisionsrecht“ eingebracht. In §§ 1 bis 9 wurden genehmigt, im § 10 wurde auf Antrag Abg. Gabelsberger (Centr.) beschlossen, dass die Mitwirkung des Konsuls nicht gestattet werden soll, wenn von einem Beteiligten gegen seine Zustimmung Widerspruch erhoben wird.

Die Kommission des Reichstages zur Vorbereitung des Gesetzes über die Ausübung der freiwilligen Gerichtsbarkeit und die Leitung von Rechtschiffen in der ersten Sitzung zusammen. In § 1 bis 9 wurden genehmigt, im § 10 wurde auf Antrag Abg. Gabelsberger (Centr.) beschlossen, dass die Mitwirkung des Konsuls nicht gestattet werden soll, wenn von einem Beteiligten gegen seine Zustimmung Widerspruch erhoben wird.

Ein Berichterstatter hat gemeldet, dass die Beratung des Landtags am 14. Januar erfolgen soll, der auf einen Montag fällt. Der Landtag wird sich indessen erst am 15. Januar versammeln. Man hat es seit langen Jahren vermieden, ein Parlament auf einen Montag einzuberufen, nachdem man sich zu Anfang der vorigen Jahre darüber beschwert hatte, dass die Volkserreiter genötigt wurden, die Messe nach Berlin des Sonntags zu unternehmen.

Bei der gestrigen Landtagsberatung am 4. März wurde das Regierungsgesetz (Weser-Reg.) vom 1. März 1899 (Weser-Reg.) mit 285 von 376 Stimmen genehmigt; Propst Wojzylowicz (Pole) erhielt 91 Stimmen.

Am morgigen Tage wird die „Frankf. Bz.“ über die Einbringung des Wollfabrik-Projektes in die große Kammer, sowie die Erwiderung der sachlichen Konversationen beschloss auf Anregung des Vizepräsidenten des Reichstages Dr. v. Frege die Abendung folgender Begründungsformel:

Der Reichstag hat am 11. Dezember 1900, 17. Sitzung am 11. Dezember 2 Uhr.

endet hat. China wird für Deutschland ein deutliches Zeichen werden. Als am 8. Januar 1896 Kaiser Wilhelm das bekannte Telegramm an den Präsidenten Krüger richtete, sprach ich mich als bald nachher dieses Telegramm mit meinem provisorischen Ton aus, weil dadurch Deutschland in ungewöhnlich ungewöhnlichen Umständen engagiert wurde. Jetzt ist die Reichsregierung für diese Politik aus und für ein freundschaftliches Verhältnis zu England. Auch wir unterstützen diesen unangenehm, barbarischen Krieg und die englische Hauptpolitik, aber unangenehm liegt am Boden und nun kommt Präsident Krüger nach Europa, um es nicht zu bitten. Diese kann es nicht sein, wohl aber unterstütze ich die Reichsregierung, mit der man Präsident Krüger von Berlin zurückführt. Das ist eine Politik der Treulosigkeit. Auf Grund der Depesche glaubte das Bureau, an dem deutschen Kaiser den Mann zu besitzen, der ihm in der Welt beizubringen würde. Davon wurde durch die Depesche Krügers, die Krüger die Politik, das Präsident Krüger in Berlin empfangen worden wäre. Die Franzosen waren köstlicher. Auch der deutsche Kaiser musste die Zeit haben und hat die Zeit Krüger zu empfangen. Wegen die Frau er und Schwächen England bin ich nicht blind, jetzt habe die englische Politik über den Niederkampf, der uns in der ganzen Welt unendlich schadet. Der Reichsminister hat von unseren ausländischen Kolonien gesprochen. Wo sind sie? In der Kolonialpolitik herrscht derselbe Idealismus wie in der auswärtigen Politik. Alle Augenblicke wechseln die Leiter. Die Kolonien erfordern keine Politik, wobei der Optimismus? Politisch heißt es jetzt, neue Einmischungen schaffen. Sie tragen sich mit der Hoffnung, beim Abschluss der Handelsverträge einen Generalvertrag zu thun. Man will die Ostsee erobern und die Überfälle daraus für die arbeitenden Klassen verwenden. Das wird wohl nur ein frommer Wunsch bleiben. Die künftigen Arbeiter werden Sie damit nicht gewinnen. Sie sehen auch ein, wie ihnen die Lebensmittel infamistisch vertrieben werden. Man treibt jetzt in eine Wirtschaftspolitik hinein, die unsere ganze Gesellschaftsordnung erschüttern wird. (Laut rechts: Dann können Sie hier doch zu) Weder kommt dann nochmals auf die 12000 Mark-Angelangelegenheit zurück, an welchem Tage der Staatssekretär Graf Bismarck's Kenntnis davon erhielt und wie die Summe ausgegeben wurde. Was hat der Staatssekretär gegen die Berücksichtigung des Vizepräsidenten der Seeverwaltung gesagt, das damit rüber, die Welt mit betrogen haben? Was ist den Leuten geblieben? In der Seeverwaltung herrscht für ein menschliches Ungeheuer, der einst das beständige Telegramm über den Untergang eines Schiffes sandte („Namehaft keine gerettet“). Auf die Berücksichtigung der Seeverwaltung komme ich noch zurück. Das dem Reichsamt des Innern sind mir Sozialdemokraten gewidmet. Was den Sozialdemokraten anbelangt, so sind ich in Berlin die erste Reaktion der 7000 Mann hundert, die sie nicht vernichten wollen. Auf die Bureauare kann man keinen Stein werfen, kann sie aber nicht als Willkür bezeichnen; sie sind unterlegen, weil 40000 Mann gegen 200000 Mann standen. Die Wiederentführung der dreizehnten Partei bekommen Sie nicht mehr, weil sie jährlich 100 Millionen mehr kosten würde, aber bekommen wir die Willkür. (Laut rechts: Von dem deutschen Hofstaat werden dem Kaiser Hunderttausende zum Bau von Fußstapenbooten u. s. w. zur Verfügung gestellt worden. Das ist eine neue Umgestaltung des Budgets des Reichstages. Hier muss die Reichsregierung sich entschließen, gegen die Willkür der Arbeiter zu kämpfen? Kommt sie wirklich, so wird sie dem Interesse des Reichs dienen. Auch von dem Gesetz zur Anerkennung der Gewerkschaften hat man nichts. Abermals sagt sich der arbeitende Arbeiter. Wegen die Reichsamt nicht richtig geben, eben so wenig gegen die Arbeiter gegen die Arbeiter. In der Seeverwaltung sind Arbeiter legen die Kontrakte nur haben gegeben. Die bürgerliche Gesellschaft ist mit ihrem Leben zu Ende. (Laut rechts: Die Sozialdemokratischen Wahlen malen sich. Unter Weinen blüht. (Schall bei den Sozialdemokraten).

Die Einbringung des Wollfabrik-Projektes in die große Kammer, sowie die Erwiderung der sachlichen Konversationen beschloss auf Anregung des Vizepräsidenten des Reichstages Dr. v. Frege die Abendung folgender Begründungsformel:

Der Reichstag hat am 11. Dezember 1900, 17. Sitzung am 11. Dezember 2 Uhr.

Am morgigen Tage wird die „Frankf. Bz.“ über die Einbringung des Wollfabrik-Projektes in die große Kammer, sowie die Erwiderung der sachlichen Konversationen beschloss auf Anregung des Vizepräsidenten des Reichstages Dr. v. Frege die Abendung folgender Begründungsformel:

Der Reichstag hat am 11. Dezember 1900, 17. Sitzung am 11. Dezember 2 Uhr.

Am morgigen Tage wird die „Frankf. Bz.“ über die Einbringung des Wollfabrik-Projektes in die große Kammer, sowie die Erwiderung der sachlichen Konversationen beschloss auf Anregung des Vizepräsidenten des Reichstages Dr. v. Frege die Abendung folgender Begründungsformel:

Der Reichstag hat am 11. Dezember 1900, 17. Sitzung am 11. Dezember 2 Uhr.

Die erste Sitzung des Reichstages wird fortgesetzt. Abg. Debel (Soz.): Der Reichstag hat von einer rüchlichen Bewegung in der Industrie gesprochen, viele Leute legen aber, dass sie erst mit dem chinesischen Abenteuer begonnen habe. Der Reichstag war von einem langen Vorzug getagt worden, jetzt befinden wir uns in der Krise, deren Verlauf niemand voraussagen kann. Ein meine Herren, sind in den letzten Jahren in eine ordentliche Vermögensschwund hineingekommen Herr Müller-Judka hat sich gegen die Wollfabrik herabgegriffen, der Ausfälle zeigt, er ist aber der einzige Ort zu halten. Dieser Wollfabrik wird sich ganz, deshalb haben wir auch ganz den neuen Posten bekommen, die besser sind als die früheren und billiger. Trotz der Erhöhung der Stempelfeuern stehen wir einer Erhöhung der Anleihen gegenüber. Für die Finanzwirtschaft des Reiches würde es fernerhin sein, wenn kein Bundesrat vorhanden wäre (Beifall), dafür eine Zentralverwaltung. (Wollfabrik) Graf Bismarck erhebt sich im Saal. Wir leben in der Vergangenheit, wie ein reicher Mann, der sein Geld vergebend und Schulden dazu macht. Und wer ist Schuld daran? Das Centrum! (Beifall). Die Wirtschaft der Nationalbanken war schon, die des Centrum aber noch weniger. (Beifall). Da habe ich vor den Nationalbanken vorzusprechen kann. Ein meine Herren, sind in den letzten Jahren in eine ordentliche Vermögensschwund hineingekommen Herr Müller-Judka hat sich gegen die Wollfabrik herabgegriffen, der Ausfälle zeigt, er ist aber der einzige Ort zu halten. Dieser Wollfabrik wird sich ganz, deshalb haben wir auch ganz den neuen Posten bekommen, die besser sind als die früheren und billiger. Trotz der Erhöhung der Stempelfeuern stehen wir einer Erhöhung der Anleihen gegenüber. Für die Finanzwirtschaft des Reiches würde es fernerhin sein, wenn kein Bundesrat vorhanden wäre (Beifall), dafür eine Zentralverwaltung. (Wollfabrik) Graf Bismarck erhebt sich im Saal. Wir leben in der Vergangenheit, wie ein reicher Mann, der sein Geld vergebend und Schulden dazu macht. Und wer ist Schuld daran? Das Centrum! (Beifall). Die Wirtschaft der Nationalbanken war schon, die des Centrum aber noch weniger. (Beifall). Da habe ich vor den Nationalbanken vorzusprechen kann. Ein meine Herren, sind in den letzten Jahren in eine ordentliche Vermögensschwund hineingekommen Herr Müller-Judka hat sich gegen die Wollfabrik herabgegriffen, der Ausfälle zeigt, er ist aber der einzige Ort zu halten. Dieser Wollfabrik wird sich ganz, deshalb haben wir auch ganz den neuen Posten bekommen, die besser sind als die früheren und billiger. Trotz der Erhöhung der Stempelfeuern stehen wir einer Erhöhung der Anleihen gegenüber. Für die Finanzwirtschaft des Reiches würde es fernerhin sein, wenn kein Bundesrat vorhanden wäre (Beifall), dafür eine Zentralverwaltung. (Wollfabrik) Graf Bismarck erhebt sich im Saal. Wir leben in der Vergangenheit, wie ein reicher Mann, der sein Geld vergebend und Schulden dazu macht. Und wer ist Schuld daran? Das Centrum! (Beifall). Die Wirtschaft der Nationalbanken war schon, die des Centrum aber noch weniger. (Beifall). Da habe ich vor den Nationalbanken vorzusprechen kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt







